

des Deutschen Pflicht sein muß, mitzuarbeiten an der Er- schaffung einer über alle Grenzen hinwegreichenden kulturellen Volksgemeinschaft und unsern deutschen Brüdern im Aus- lande in ihren Nöten und Kämpfen zu helfen, damit sie sich ihr Deutschtum erhalten können, hat sich eine Anzahl Puls- niger Damen und Herren zu einer Ortsgruppe Pulsnitz des V. D. N. zusammengeschlossen. In einer Sitzung am Frei- tag, den 20. Januar wurde sie im Beisein von Mitgliedern der Ortsgruppe Ramez und der Frauengruppe Grobgröb- dorf gegründet. Zum Vorsitzenden wählte man Herrn Fa- bricant Alfred Thieme, zum Kassier Herr Studiererrat Solle, zum Schriftwart Herrn Schulleiter Böhme und be- schloß, da von jedem Mitglied mindestens jährlich 3,00 RM zur Stärkung deutscher Auslandsschulen an die Hauptkasse abgeführt werden müssen, die Erhebung eines Jahresbeitrags von 5,00 RM in zwei Raten. Aufklärung und Anregung soll jedem Mitglied durch die Uebersendung der V. D. N. - Monatschrift vermittelt werden. Möchten noch viele helfen, deutsches Schulwesen und deutsches Leben, das im Auslande oft stark bedroht ist, man denke nur an Süditalien und Sie- benbürgen oder an die nahe Tschscholowatei, durch ihren Beitritt zum V. D. N. zu unterstützen!

**Pulsnitz.** (Vortrag) In der nächsten Volks- bildungsveranstaltung, am nächsten Montag 8 Uhr, in der Schule behandelt Herr Prof. Dittmar Enking Björnsons Drama: „Ueber die Kraft.“

**Pulsnitz.** (Zum Superintendenten gewählt.) Herr Lic. theol. Ernst Nieschel, 2. Pfarrer an der Leipziger Peterskirche, Sohn des in Leipzig verstorbenen Theologie- Professors D. Georg Nieschel und Enkel des 1861 in Dresden verstorbenen Bildhauers Ernst Nieschel, früher 2. Pfarrer an der Stadtkirche zu Pulsnitz wurde zum 1. Pfarrer und Superintendenten des Kirchenkreises Dschas gewählt.

— (Der Wert der Zeitungssofferte.) Was der Dünger für die Saat, ist ein gutes Inserat! — Was nützt gute Ware, und mäßiger Preis, wenn's nur ein klein Teufchen vom Publikum weis? — Die Zeitung ist ein hoher Mast, dran zeige das an, was du hast. Bekannt wird jeder Name durch ständige Reklame. — Ein zarter Vorkauf tut's noch nicht, der Kuckuck ist's, von dem man spricht! — Der Weg zum Sichtenfalten geht durch die Zeitungspalten. Ein Reisender ist stets probat, er heißt: das gute Inserat. Die günstigste Verbreitung schafft eine gute Zeitung.

— (Auf beide Bekanntmachungen) im amt- lichen Teil dieser Nummer, betr. Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1928 und Abgabe der Gewerbe- steuererklärung für das Rechnungsjahr 1928, sei auch hier- durch besonders hingewiesen.

— (Achtung!) falsche 20 Mt.- Reichsbank- noten im Umlauf.) Seit längerer Zeit werden von einem in Deutschland umherreisenden Falschmünzer falsche 20 Mt.- Reichsbanknoten in Verkehr gebracht (Ausgabe vom 11. 10. 1924). Die Fälschung ist an der mangelhaften, un- sauberen und harten Wiedergabe des Frauenkopfbildnisses auf der Vorderseite der Note leicht erkennlich. Da jetzt auch in Leipzig ein derartiger Schein aufgetaucht ist, wird vor ihrer Annahme gewarnt. In früheren Fällen kam als Verursacher der Falschnoten ein 26 - 30 jähriger Mann, 1,70 - 1,75 m groß, schmächtig, in Frage, schmales, barloses Gesicht, dunkles, ziemlich langes, zurückgestämmtes Haar und sprach norddeutsche Mundart. Für die Ermittlung des Fälschers hat das Reichsbankdirektorium eine Belohnung bis zu 3000 Mark ausgesetzt. Unter Hinweis hierauf bittet das Kriminalamt Leipzig um evtl. sachdienliche Mitteilungen, wo auch ein Schein zur Ansicht im Zimmer 113 ausliegt.

— (Die Dummen werden nicht alle!) Seit einigen Wochen treibt in Chemnitz ein abgefeimter Betrüger sein Unwesen, indem er auf der Straße mit ältere Per- sonen anpricht, sich als Laden- oder Hausbesitzer vorstellt und angibt, dringend eines kleineren Geldbetrages zu bedür- fen, zufälligerweise aber seine Brieftasche daheim liegen ge- lassen zu haben. Da er stets unter der Maske eines harm- losen Wiedermanns auftritt und die Leute bittet, in „seinem“ stets genau bezeichneten Laden das Geliehene wieder abzu- holen, findet er immer wieder Dumme, die auf den dreisten Schwindel hereinfallen, um dann den so genau bezeichneten Laden nie zu finden. Bisher sind bei der Polizei fünf Fälle zur Anzeige gelangt, in denen der Schwindler Beträge von 3 bis 5 Mark auf diese Weise erlangt hat.

**Dresden.** (Sächsischer Lebenshaltungs- index.) Nach der Berechnung des Statistischen Landes- amtes beträgt die sächsische Gesamtindexzahl der Lebenshal- tungskosten auf erweiterter Grundlage (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats Januar 1928 (Vorkriegszeit = 100). Sie ist demnach gegen die für den Monat Dezember berechnete Indexzahl von 151,7 um 0,1 % gestiegen. Im Januar 1924 betrug die Indexzahl 131,7, 1925 138,0, 1926 141,0, 1927 146,9.

**Dresden.** (Ein Kugelhaus auf der Jahres- schau 1928 „Die Technische Stadt“.) Für die dies- jährige Jahresschau „Die Technische Stadt“, die am 16. Mai eröffnet wird, bestand von Anfang an der Plan, ein Ge- schäftshaus mit allen Neuerungen modernster Technik zu er- bauen. Nun ist von einem Münchner Architekten, Professor Peter Birkenholz, jüngst in der Presse das Problem der Kugelhäuser aufgerollt worden, ein neuartiger Baustil, der noch niemand, auch nicht in Amerika, bisher verwirklicht wor- den ist. Die Dresdner Jahresschau hat beschlossen, ein sol- ches Kugelhaus auf der diesjährigen Ausstellung „Die Tech- nische Stadt“ zu bringen, um damit das interessante Problem vor der gesamten Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Ohne mit dieser neuartigen Bauart bahnbrechend wirken zu wollen, soll doch zu neuen Anregungen und Erörterungen durch dieses Objekt Veranlassung gegeben werden. Sicher- lich werden sich Stimmen melden, die ein derartiges Experiment nicht gut heißen. Aber wir leben im Zeitalter der Technik

gewesen, wozu die amerikanische Handelskammer in Berlin nicht unwesentlich beigetragen hat.

Zum Schluß sprach das Mitglied der Direktion der amerikanischen Handelskammer, Bucharz, der u. erklärte, daß die Kammer stets bestrebt gewesen sei, divergierende An- sichten auszugleichen und somit für den Geist der Verständi- gung und Wiederannäherung zu arbeiten. Was das bedeutet, habe der Erfolg gelehrt.

### Um die Simultanschulfrage

**Berlin, 28. Januar.** Zu dem Ergebnis der Abstim- mung über den § 20 des Reichsschulgesetzeswurdes im Bil- dungsausschuß des Reichstages schreibt die „Tägliche Rund- schau“: Es bestehe ganz gewiß die Möglichkeit, daß sich auf der nunmehr gegebenen Lage die Gegensätze weiter bis zur vollen Schärfe entwickelten. Sollte das Zentrum wirklich den Beschluß zu einem ultimativen Vorgehen fassen, so würde sich die Deutsche Volkspartei dadurch in ihren Ent- schließungen nicht beeinflussen lassen. Ihre Stellungnahme zu dem § 20 sei seit Monaten festgelegt und würde durch Forderungen oder Drohungen irgend welcher Art nicht erschüttert werden. — Die „Germania“ sagt, eine Regelung

und niemand wird sich vermaßen können, heute schon ihre Grenzen zu erkennen. Es ist doch auch noch nicht allzulange her, daß man das geniale Werk des G. J. Zepelin als Bahnsinn bezeichnete. Das Kugelhaus wird nun auf dem Festplatz am Rande der Herkules Allee zu stehen kommen, gegenüber dem Konzertplatz, wo sich während der Papieraus- stellung die hohen Zeitungsstürme erhoben. Es wird einen Durchmesser von 25 Meter haben und auf einem Sockel von 5 Metern ruhen. Die Höhe wird ungefähr 30 Meter be- tragen und damit dem Grünen Dom der Gartenbauausstel- lung gleichkommen. Während im unteren Teile des Kugel- hauses in vier Etagen Geschäftsläden eingerichtet werden, soll in seinem oberen Teile unmittelbar unter der Kuppel ein Kaffee-Restaurant, zu dem eigene Aufzüge hinaufführen, zur beschaulichen Ruhe einladen. Von hier aus wird man naturgemäß einen herrlichen Rundblick auf ganz Dresden und darüber hinaus auf die Lößnighöhen bis zur Sächsischen Schweiz haben. Mit den Bauarbeiten zu diesem sicherlich besonders anziehenden neuem Bauwerk auf der „Technischen Stadt“ wird demnächst begonnen.

### Länderkonferenz und Verwaltungsreform.

Eine Rede des Ministers Apelt.

Vor einer Mitgliederversammlung des Dresdener Vereines der Demokratischen Partei äußerte sich der sächsische Innen- minister Dr. Apelt über die Ergebnisse der Berliner Länder- konferenz und zu der Frage der Verwaltungsreform. Dr. Apelt führte u. a. aus, daß die an dem Verlauf der Län- derkonferenz geübte Kritik nicht völlig dem Umstand Rechnung trage, daß es sich dabei um eine grundlegende Erörterung des ganzen Problems handle, wenn die Konferenzen, wie er an- nehme, ein Anstöße zu weiteren Erörterungen sein werde, so sei sie schon als ein Erfolg anzusehen. Die Konferenz sei be- herrscht gewesen von dem Gegensatz zwischen der etwas nervösen und auf sofort erreichbare Erfolge drängenden Berliner Stimmung und dem etwas bedächtigeren Süden. Dabei sei entscheidend gewesen die Haltung Preußens, das keineswegs behauptet habe, eine allgemeine großdeutsche Politik zu treiben und in dem deutschen Einheitsstaat aufzugehen. Es habe viel- mehr erklärt, abwarten zu wollen. Preußen wolle fest den Weg zum Einheitsstaat, der über ein Großpreußen gehen müsse. Natürlich habe diese Haltung bei den Vertretern der kleineren Länder starkes Beifremden ausgelöst. Die schroff ablehnende Haltung der bayerischen und der württembergischen Vertreter gegenüber dem Einheitsstaat habe die Situation dahin vervollständigt, daß weder Preußen noch Süddeutsch- land eine wirkliche Bereitschaft zur Bildung des Einheits- staates bekundeten.

Der sächsische Ministerpräsident Heldt hatte demgegen- über eine tatsächlich vermittelnde Stellung eingenommen, die ja nach Lage der Dinge den mitteldeutschen Ländern zufallen solle. Die Vorwürfe, Ministerpräsident Heldt habe dabei dem Partikularismus das Wort geredet, seien nicht berechtigt. Man müsse sich klar darüber sein, daß zur Durchführung der Ver- fassungs- und Verwaltungsreform vor allem Geduld gehöre. Zur Verwaltungsreform erklärte der Minister, daß diese durch die Länder inzwischen weiter betrieben werden könne und müsse, auch dann, wenn die große Reichsreform nur langsam vorwärtschreite. Die Hauptziele der Verwaltungsreform der Länder erblicke der Minister in der mit Nachdruck zu fördern- den Reichsangleichung und einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltungsreform.

Durch eine einfache Übertragung der Befugnisse an die unieren Verwaltungsbehörden und an die Gemeinden werde keine nennenswerte Ersparnis eintreten. Notwendig sei es, die unieren staatlichen Verwaltungsbehörden, die Amtshaupt- mannschaften, zu kräftigen und sie wieder zu eigentlichen Trägern der Verwaltung zu machen. Vor allem spreche sich der Minister für eine Vereinfachung des Instanzen- zuges aus.

### Sachsen und die Schulkosten.

Das Reichsschulgesetz.

Im Bildungsausschuß des Reichstages hat bei der Debatte über das Reichsschulgesetz der sächsische Ministerial- direktor Bösch Angaben über die Belastung gemacht, die der sächsische Regierung durch die Durchführung des Reichs- schulgesetzes entstehen würden. Wie man aus Kreisen der Reichsleitung der Volkspartei des deutschen Mittelstandes erfährt, hat der sächsische Finanzminister Weber, der be- fassentlich dieser Partei angehört, in einem Schreiben an die Reichsleitung der Partei erklärt, daß die zahlenmäßige Er- rechnung der Mehrkosten vom Volksbildungsminister erfolgt ist und von ihm in seiner Eigenschaft als Finanzminister nicht nachgeprüft werden konnte. Er hat in dem Schreiben jedoch erklärt, daß der vom Volksbildungsminister errechnete Mehrbetrag vom Sächsischen Staat und von der sächsischen Wirtschaft nicht getragen werden könne und verlangt, daß das Reich die Mehrkosten übernehmen oder den Ländern den Aus- gleich beim Finanzausgleich gewähren müsse.

Wie weiter bekannt wird, ist die sächsische Landtagsfraktion der Volkspartei des deutschen Mittelstandes der Ansicht, daß so erhebliche Mehrkosten bei weitem nicht entstehen können und sie ist weiter der Meinung, daß die Kosten, die sich auf mehrere Jahre verteilen, im Interesse der Wiedereinführung der Be- zugsunterschule getragen werden müssen. Jedenfalls legt die Fraktion den größten Wert auf die Durchführung des Reichs- schulgesetzes. Der Abgeordnete Pöckel hat dem Minister

im Sinne des volksparteilichen Antrages stehe nach ihrer Auffassung im Widerspruch mit dem klaren Wortlaut der Verfassung selbst. Das Zentrum mache kein Duett mit, in- dem der Grundsatz des verfassungsmäßig verbürgten Eltern- rechtes so flagrant verletzt werde wie im vorliegenden Fall, ganz abgesehen davon, daß das natürliche und göttliche Recht die Billigung des volksparteilichen Antrages ausschließe. Die Zeit zwischen der nunmehr abgeschlossenen ersten und bevorstehenden zweiten Lesung müsse und werde ja wohl auch zur endgültigen Klarstellung benutzt werden. Wie die „Germania“ hört, sind Vereinbarungen über kommende Ver- handlungen getroffen — Die „Deutsche Allgemeine Zeit- ung“ berichtet, daß in Aussicht genommen sei, in der näch- sten Woche mit den neuen Kompromißverhandlungen zu beginnen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von sachkundiger Seite, in der darauf hinge- wiesen wird, daß zur Findung eines Ausgleiches der Antrag der Deutschnationalen bedeutsam sei, der noch nicht zur Ab- stimmung gekommen sei und der südwestdeutschen christlichen Simultanschule ihren geschichtlich gewordenen Charakter lasse, aber der Elternschaft in Baden, Hessen und Hessen-Nassau nicht dauernd das Elternbestimmungsrecht raube.

Weber in einem Schreiben geantwortet, daß die endgültige Stellungnahme der Partei zwischen der ersten und zweiten Lesung erfolgen werde, wenn sich die finanziellen Auswirkun- gen des Gesetzes klar übersehen ließen. Es sei selbstverständ- lich, daß die Erfüllung der kulturpolitischen Forderungen nicht mit großen Neubelastungen für den Mittelstand verbunden sein darf.

### Tagungen in Sachsen.

Der Evangelisch-Soziale Kongreß in Dresden.

Vom 29. bis 31. Mai findet in Dresden die 35. Tagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses statt. Die Verhandlungen werden eingeleitet durch einen Eröffnungsgottesdienst und einen öffentlichen Volksabend. Die Verhandlungsgegenstände werden sein: „Der soziale Pfarrer“ (Referent: Pfarrer D. Herz, Generalsekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses) und „Die Frau in der Erwerbsarbeit“ (Referent: Frau Regie- rungsrat Dr. Sabel vom Reichsarbeitsministerium in Berlin und Frau Klara Meined). Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Leitung der Tagung liegt in den Händen des Vorsitzenden, Reichsgerichtspräsidenten D. Dr. Simons.

Vereinigung Sächsischer Höherer Staatsbeamten.

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung Sächsischer Höherer Staatsbeamter als der Gruppe der im Landesverband der höheren Beamten Sachsens zusammengeschlossenen Beamten, die als Juristen, Techniker, Forstleute, Hochschulpromovierten usw. im sächsischen Verwaltungsdienst stehen, findet in diesem Jahre am Sonnabend, den 28. Februar, in einem breiteren Rahmen statt. Nach der geschäftlichen Tagung wird eine Vortragsveranstaltung im Dresdener Brühlischen Saale der Kunstgewerbeakademie stattfinden, bei der der Gefandte des Deutschen Reiches in Prag, Erzellenz Dr. Koch, einen Vor- trag über Stellung und Aufgaben der höheren Beamten halten wird.

### Eine Denkschrift über die Belastung der Landwirtschaft.

Forderung der Regierungsparteien.

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde bei der Beratung des Etats des Reichsernährungs- ministeriums eine Reihe von Entschließungen angenommen. So soll die Regierung der Tatsache Rechnung tragen, daß große Mengen Schlachttier eingeführt würden, daß aber die deutsche Landwirtschaft wohl in der Lage sei, den Fleisch- bedarf selbst vollkommen zu decken.

Die Regierungsparteien fordern, daß die Regierung eine Denkschrift über die Belastung der Land- wirtschaft durch Reichs-, Länder- und Gemeindesteuern und durch die Beiträge zur Sozialversicherung und zu an- deren sozialen Einrichtungen vorlegt. Angenommen wurde auch eine Entschließung, die Reichsregierung möge das voll- freie Kontingent für die Einfuhr von Ge- friertfleisch aufheben.

### Annexion Deutsch-Ostafrikas?

Verletzung der Mandatsbestimmungen?

**Berlin.** Aus Ostafrika treffen beunruhigende Nachrichten über die Ziele der englischen Ostafrika-Kommission ein, die seit einigen Wochen mit den Gouverneuren der englischen Kolonien Kenya, Uganda und des Mandatsgebietes Tan- ganyika (Deutsch-Ostafrika) über den Zusammenschluß dieser Gebiete verhandelt. Man weiß, daß das Endziel des Zu- sammenschlusses der ostafrikanischen Gebiete die Bildung eines Dominiums unter Annexion Deutsch-Ostafrikas ist. Allerdings stehen der Durchführung dieses Planes nach den neuesten Berichten aus Nairobi zurzeit noch auf seiten der weißen Bevölkerung Bedenken entgegen; jedoch lassen auch diese Berichte keinen Zweifel darüber, daß die politische Union doch in absehbarer Zeit kommen wird.

Angesichts dieser gefährlichen Situation für die Integri- tät des Mandats-Charakters Deutsch-Ostafrikas wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, im Reichstag voraussicht- lich anlässlich der bevorstehenden außenpolitischen Debatte der deutsche Standpunkt, der durchaus den Völkerverbindungen entspricht, eindeutig zum Ausdruck kommen. Man darf er- warten, daß sich auch die Reichsregierung zu den Vorgängen in Ostafrika äußern und gegenüber einer etwaigen Verletzung der Mandatsbestimmungen eindeutig und unmissverständlich Stellung nehmen wird.

### Hindenburg an den Reichsverband der Roggen- und landwirtschaftlichen Pfandbriefschuldner.

**Berlin.** Der Reichsverband der Roggen- und landwirt- schaftlichen Pfandbriefschuldner hat unter Schilberung der üblen Lage der Roggen- und Goldpfandbriefschuldner sich an den Herrn Reichspräsidenten gewandt. Wie der Reichsver- band mitteilt, ist nunmehr aus dem Büro des Reichspräsi- denten folgende Antwort eingegangen:

„Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 21. d. M. und der beigelegten Denkschrift zu bestätigen. Der Herr Reichspräsident wird die von Ihnen berührten Fragen zum Gegenstand einer mündlichen Er-